

„Es gibt Gestaltungsspielraum, wenn der politische Wille da ist“

Wohnen im Gallus muss bezahlbar bleiben!

Zwei Frankfurter Wissenschaftler untersuchen die Entwicklung des Gallus und des Europaviertels. Als Ergebnis der durch die Frankfurter Stadtpolitik geförderten Aufwertung des Stadtteils stellen sie eine indirekte Verdrängung von Mieterinnen und Mietern fest, die sich auch weiter verschärfen wird. Gleichzeitig sehen sie Möglichkeiten für alternative Strategien.



Dr. Sebastian Schipper und Felix Wiegand im Dezember bei einem Stadtteilspaziergang durchs Gallus und Europaviertel.

In ganz Frankfurt hat sich seit 1990 die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen mehr als halbiert, die Mieten sind ins Unvorstellbare gestiegen – trotz großer Stadtentwicklungsprojekte wie dem Europaviertel. Heute können sich Hartz-IV-Beziehende, Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern oder nur einem Einkommen, Studierende, aber auch Feuerwehrleute, Erziehungs- und Pflegepersonal selbst die Mieten im traditionell noch vergleichsweise „günstigen“ Gallus kaum mehr leisten.

Die Frankfurter Geographen **Dr. Sebastian Schipper** und **Felix Wiegand** beschreiben, dass internationale Investoren vor allem seit 2008 auf dem Markt der Kleinst- und Singlewohnun-

gen tätig sind. Um die innerstädtischen Viertel aufwerten zu können, unterstützen die städtischen Eliten Projekte profitorentierter Investoren.

Welche absurden Preise hier aufgerufen werden, zeigen aktuell die hochpreisigen privaten Wohnheimplätze für Studierende: Im „The Fizz – living cum laude“ in der Mainzer Landstraße zahlt man zwischen 557 und 817 Euro für ein möbliertes Microapartment. Das Konzept ist so erfolgreich, dass 2018 ein Ableger am Sommerhoffpark eröffnen soll. Auf einen der viel zu wenigen öffentlichen Wohnheimplätze des Studentenwerks warten mittlerweile mehr als 2300 Studierende.

Statt der Profitgier bei der

Wohnen im Gallus muss bezahlbar bleiben!

Neubebauung im Europaviertel und im Gallus einen Riegel vorzuschieben, hat die Stadt privaten Investoren den Weg bereitet, so Wiegand und Schipper.

Die Befürchtung, dass durch den Zuzug vieler gut situierter Brexit-Flüchtlinge aus London die Mieten noch deutlich weiter steigen werden, teilt Schipper so aber nicht: „*Ab einem gewissen Betrag lohnt sich mieten nicht mehr, dann wird gekauft.*“ Vielmehr werde die Nachfrage aber günstigen Wohnraum für Menschen mit kleinem und niedrigem Einkommen weiter verknappen – letztlich würden sie sogar aus der Stadt verdrängt werden.

Erst im Mai zeigte sich aber, wie erfolgreich linker Protest ist: Nach jahrelangem Engagement des Bündnisses „*Stadt für alle!*“ wurde ein sofortiger Mietestopp bei der ABG im Koalitionsvertrag der neuen rot-schwarz-grünen Stadtregierung festgehalten. Die Mieten bei der ABG sollen nur noch um maximal ein Prozent pro Jahr steigen dürfen.

DIE LINKE. im Römer fordert einen Mietestopp auch für andere Wohnungsbaugesellschaften mit städtischer Beteiligung wie die Nassauische Heimstätte. Auch stellt sich die Frage, warum die Überschüsse der AGB – 2015 über 90,6 Millionen Euro (!) – nicht dazu genutzt werden, mehr Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen zu schaffen.

Die beiden Wissenschaftler fordern von der Stadt, ihre politischen Steuerungsmöglichkeiten zu nutzen. Die aktuelle Quote der öffentlich geförderten Wohnungen solle erhöht und ausgeweitet werden: „*Auch private Investoren kann die Stadt verpflichten, auch Mittelstands- oder Sozialwohnungen zu bauen*“, erklärt Wiegand. Zudem könnte die Stadt ihre Vorkaufsrechte bei Grundstücken und Gebäuden geltend machen. „*Es gibt alternative Gestaltungsspielräume, wenn der politische Wille da ist.*“



DIE LINKE unterstützt den Forderungskatalog der Frankfurter Initiativen von Mieterinnen und Mietern – eine Stadt für Alle!

- Günstigen Wohnbestand schützen und dauerhaften Sozialneubau realisieren!
- Eine Stadtentwicklung für Alle!
- Demokratisierung jetzt!

Der Forderungskatalog online unter:
<https://www.autistici.org/abgkampagne/?p=1329>

Gemäß Stellungnahme des Magistrats befanden sich im August 2016 ca. 4050 weitere Wohneinheiten, davon 610 „Studentenwohnungen“, im Gallus (ohne Europaviertel) in Planung

Mehr zum Thema

- Sebastian Schipper/Felix Wiegand: Neubau-Gentrifizierung und globale Finanzkrise, in: sub\urban. Zeitschrift für kritische stadtforschung 2015 (3) 3, 7-32, online: <http://gleft.de/1zk>

Initiativen

- Die Initiative „Solidarisches Gallus“ trifft sich jeden Montag um 18.30 Uhr im Siks (Koblenzerstr. 9), <http://solidarischesgallus.blogspot.eu>
- Die Initiative „Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?“ online unter: <http://www.stadt-fuer-alle.net/>
- Wohnungspolitische Sprechstunden des planungs- und wohnungspolitischen Sprechers der Fraktion DIE LINKE. im Römer, Eyup Yilmaz, für Bürgerinnen und Bürger, e-Mail: eyup.yilmaz@dielinke-fraktion.frankfurt.de

CETA, TTIP und TiSA

Gefahr auch für unsere Krankenhäuser!



In den Krankenhäusern wird durch den gnadenlosen Unterbietungswettbewerb auf Grund des neuen Fallpauschalensystems immer mehr Personal reduziert – auf Kosten der Patientinnen und Patienten und der dauerhaft überlasteten Beschäftigten.

Noch gibt es in Frankfurt kommunale Krankenhäuser, die eine grundlegende Versorgung für alle Menschen, auch ohne großen Geldbeutel, sichern. Doch dieser Grundpfeiler unseres Gesundheitssystems wird von den Handelsverträgen CETA, TTIP und TiSA bedroht. Schon jetzt ist der Gesundheitssektor ein lukrativer Bereich, den sich große Konzerne, deren Besitzer nicht zufällig zu den zehn reichsten Menschen in Deutschland gehören, gerne einverleiben möchten. Sie drängen auf Privatisierung und finden Gehör nicht nur bei CDU und FDP, sondern auch bei SPD und Grünen. Durch die Handelsverträge CETA, TTIP und insbesondere TiSA droht mit den angestrebten Privatisierungen der Ausverkauf der kommunalen Krankenhäuser und des gesamten Gesundheitssektors.

Die Folgen sind schon jetzt nicht mehr zu verantworten: Durch den gnadenlosen Unterbietungswettbewerb auf Grund des neuen Fallpauschalensystems wird immer mehr Personal reduziert – auf Kosten der Patientinnen und Patienten und der dauerhaft überlasteten Beschäftigten. Auch ist der Wettbewerb kommunaler Krankenhäuser mit privatisierten Krankenhäusern bereits heute unfair: Schon jetzt beobachten wir auch in unserem Stadtteil eine Ausdünnung von Gesundheitsdiensten.

Kommen nun noch amerikanische, kanadische oder aus anderen Ländern stammende Konzerne ungebremst in

TTIP: Transatlantic Trade and Investment Partnership, „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ zwischen der EU und den USA.

CETA: Comprehensive Economic and Trade Agreement, „Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“ zwischen EU und Kanada.

TiSA: Trade in Services Agreement, „Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ zwischen 23 Parteien einschließlich der USA und der EU.

diesen Wettbewerb hinzu, wird sich die Lage dramatisch zuspitzen. Das kann zu einem lebensgefährlichen Risiko führen!

Generell bedrohen die Handelsverträge die kommunale Demokratie in allen Bereichen. An der Privatisierung kommunaler Träger verdienen nur die großen Konzerne und Investoren, die viel Geld haben. Kommunen haben anders als private Unternehmen den Auftrag, ihre Bürgerinnen und Bürger zu versorgen, und nicht eine Rendite für Anleger zu erwirtschaften. Gerade beim Thema Gesundheit darf der Profit nicht im Mittelpunkt stehen, sondern die Qualität und die Verfügbarkeit der lebenswichtigen Leistungen für alle! Deswegen ist es gut, dass allein in Frankfurt 50.000 Menschen an der bundesweiten Demonstration am 17. September 2016 teilgenommen

und ein deutliches Zeichen gegen die Handelsverträge gesetzt haben. Der Frankfurter Trägerkreis gegen die Handelsverträge setzt seine Arbeit fort, da CETA, TTIP und TiSA entgegen der breiten Ablehnung in der Bevölkerung von den Regierungen weiter verfolgt werden.

DIE LINKE hat die Gefahren früh erkannt, die durch die Handelsverträge drohen. In den letzten zwei Jahren haben wir entsprechende Anträge an die Stadtverordnetenversammlung gestellt: Frankfurt soll sich den vielen Kommunen in Deutschland anschließen, die sich zur TTIP- und CETA-freien Kommune erklärt haben. Oder der Barcelona-Erklärung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus 40 europäischen Städten beitreten, die einen Stopp der Verhandlungen fordern. Während die Anträge der LINKE von der schwarz-grünen bzw. jetzt schwarz-grün-roten Mehrheit abgelehnt wurden, bleibt unsere Haltung klar: DIE LINKE setzt sich für alle Menschen in unserer Stadt ein und fordert konsequent den Erhalt unserer kommunalen Grundversorgung! Wir wehren uns dagegen, dass Gesundheit wie eine Ware behandelt wird! Wir als Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf unsere Gesundheit – und die Beschäftigten im Gesundheitssektor das Recht, an ihrem Arbeitsplatz gesund zu bleiben. Dazu bedarf es einer gut ausgestatteten kommunalen Gesundheitsversorgung für alle Menschen!

Schulen im Gallus und Europaviertel

Es fehlen sinnvolle Schulbezirksgrenzen und Hortplätze

Die zweijährige Sarah Sener aus dem Gallus wird im Sommer 2020 eingeschult. Sie wohnt in der Schneidhainer Straße, die direkt an das Europaviertel grenzt. Ihre Eltern hatten sich schon gefreut, dass Sarah nicht den weiten Weg in die Hellerhofschule antreten muss, denn im Europaviertel entsteht zur Zeit eine neue vierzügige Grundschule (Pariser Straße/ Ecke Maastrichter Ring), die bis 2020 fertig gestellt sein wird. Wichtig ist für die berufstätigen Eltern, dass die neue Grundschule als Ganztagschule geplant ist, denn im Gallusviertel herrscht ein gravierender Mangel an Hortplätzen.

Doch nach dem derzeitigen Stand der Planung sehen die neuen Schulbezirksgrenzen so aus, dass hauptsächlich Kinder aus dem Europaviertel in die neue Schule gehen werden.

Statt die Chancen für das Gallus zu nutzen, eine gute soziale Durchmischung zu erreichen, bleiben die Kinder aus den Neubauvierteln weitgehend unter sich. Welche Konsequenzen das hat, liegt auf der Hand: Die unsichtbaren Grenzen zwischen dem „armen“ Gallus und dem „reichen“ Europaviertel werden bereits bei den Kindern gezogen. Sollen soziale Konflikte frühzeitig angegangen werden, muss hier noch eine weitere Nachbesserung durch das Stadtschulamt erfolgen.



Schwierig wird auch die Suche nach einem Hortplatz für den zehnjährigen Sohn Ali der Familie Sener. Da die Stadt eine Umstellung der Grundschulen in Ganztagschulen plant, werden keine neuen Hortplätze geschaffen. Doch die Ganztagsbetreuung lässt auf sich warten und nicht nur die Eltern von Sarah und Ali verzweifeln: „Der für viele dringend notwendige Vollzeit- arbeitsplatz kann nicht angenommen werden, da die Betreuung der sechs- bis zwölfjährigen Kinder fehlt,“ berich-

tet Sarah Fischer von der Elterninitiative „Kind im Gallus“. Daran ändere auch die in den Grundschulen bis 14 Uhr angebotene Mittagsbetreuung

nichts, bei der das Mittagessen fehlt. Auch hier werden die Familien aus dem Europaviertel mit der Ganztags-Grundschule besser gestellt.

Langfristig gesehen haben Sarah und Ali aber zumindest die Chance - anders als ihre älteren Geschwister - ihr Abitur im Gallus zu machen. Durch den jahrelangen Einsatz von Eltern und Ortsbeirat mit Unterstützung der LINKEN sieht der Schulentwicklungsplan eine eigenständige Gymnasiale Oberstufe an der Krifteler Straße vor. Sie soll Teil eines Bildungscampus sein mit pädagogischen Angeboten von der Krippe über das Kinder- und Jugendhaus bis zur Gymnasialen Oberstufe. Zurzeit befindet sich die Gymnasiale Oberstufe noch als Provisorium auf dem Riedberg. Mit einem Umzug ins Gallus ist frühestens ab 2021 zu rechnen.

Einige Eltern setzen sich inzwischen für ihr eigenes Gymnasium im Europaviertel ein. Das finden wir als LINKE problematisch, weil es die soziale Spaltung verschärft. Ziel muss sein, die Paul-Hindemith-Schule so gut auszustatten und erfolgreich zu machen, dass alle Eltern ihre Kinder gerne dorthin schicken.



DIE LINKE setzt sich für eine gute Ausstattung der Paul Hindemith Schule ein.

Bahnhof/Gutleut

Das Elend wird gemacht

Armut und menschliches Elend gibt es im Bahnhofsviertel und der ganzen Innenstadt schon lange. Doch seit einigen Monaten nimmt das Problem zu. Teilweise übernachteten ganze Familien in Hauseingängen; auf leerstehenden Grundstücken im Gutleut, an Bahndämmen im Gallus und anderswo wurden behelfsmäßige Unterkünfte errichtet. Bettler sitzen nicht mehr nur an den Stellen, wo viele Touristen vorbeikommen, sondern oft auch mitten im Wohnviertel, auf der Straße oder vor den Supermärkten.

Dazu kommt, dass Hilfsangebote und soziale Einrichtungen für Obdachlose überlastet sind. Oft werden sogar die halbwegs geschützten Schlafplätze knapp, gerade im Winter drohen Menschen zu erfrieren. Auch viele Anwohner finden die Zustände beunruhigend, obwohl von diesen Menschen normalerweise keine Gefahr ausgeht. Kein Wunder, dass rechte Hetzer und andere Scharfmacher das Thema für sich entdecken und gegen die „Armutszuwanderung“ aus Südosteuropa Stimmung machen.

Doch das Elend ist hausgemacht.

Als sich 2013 andeutete, dass neben gut ausgebildeten Arbeitnehmern (die große Mehrheit!) auch zunehmend Arme und gering qualifizierte Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Frankfurt kommen, reagierte der Magistrat mit Abwehr und Ignoranz. Die Stadt stellte sich auf den Standpunkt, dass man den Menschen aus rechtlichen Gründen nicht helfen könne. Doch das stimmt nicht! Man wollte nicht helfen, man wollte abschrecken, man kalkulierte unhaltbare Zustände bewusst ein. Die Referentin von Sozialdezernentin Birkenfeld drückte das 2014 so aus: „Wenn man ein Angebot schafft, schafft man auch automatisch Nachfrage“. Die Stadt Frankfurt schaffe bewusst keine Infrastruktur, damit diese Personen „nach anderen

Lösungen“ suchen, sprich: in andere Städte weiterziehen. Sozialarbeiter, die praktisch in der Obdachlosenhilfe tätig sind, nannten diese Strategie, den Menschen das Leben möglichst unangenehm zu machen, schon damals eine Katastrophe.



DIE LINKE. im Römer und im Ortsbeirat fordert seit langem, dass endlich ausreichend Hilfsangebote gemacht werden, Schlafplätze und Aufenthaltsräume für einheimische und neu hinzugekommene Obdachlose geschaffen werden.

Natürlich konnte die Strategie der Abschreckung nicht funktionieren. Diese Menschen haben aufgrund der EU-Freizügigkeit das Recht, nach Frankfurt zu kommen. Doch je elender diese Menschen hier leben, desto leichter werden sie Opfer von Ausbeutung und Lohndumping. Diesen Menschen von Anfang an zu helfen, ist daher im Interesse von uns allen, und schon kleine Hilfen bewirken viel.

DIE LINKE. im Römer und im Ortsbeirat fordert seit langem, dass endlich ausreichend Hilfsangebote gemacht werden, Schlafplätze und Aufenthaltsräume für einheimische und neu hinzugekommene Obdachlose geschaffen werden. Es muss auch endlich genug Personal eingestellt werden, um praktische Hilfe zu leisten. Gegen Not und Elend

nützt die Abschreckungsstrategie des Magistrats nichts, sondern nur helfen.

Wohnungslose in Frankfurt

Stichtag	Gesamt	Frauen	Männer	Kinder (unter 18Jahren)
31.12.2000	992	330	306	356
31.12.2005	1.075	366	417	292
31.12.2010	947	299	433	215
31.12.2015	5.081	1.207	2.645	1.229

Quelle: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Römer. <http://t1p.de/rcocx>

Sorgt endlich für ausreichend Toiletten!

Frankfurt und besonders die Bahnhöfe in der Innenstadt haben ein Scheißhausproblem. An den Verkehrsknotenpunkten wie Hauptbahnhof, Hauptwache und Konstablerwache muss man lange (und oft vergeblich) nach einer benutzbaren Toilette suchen. Gar nicht lange suchen muss man aber, um auf stinkende Hinterlassenschaften zu stoßen. Die wenigen öffentlichen Toiletten sind oft verdreckt, außerhalb der Hauptzeiten geschlossen oder unbenutzbar. Restaurants und Cafes, die eigentlich zur Bereitstellung von Klos verpflichtet sind, verweigern zunehmend den Zugang, erheben Gebühren oder sichern ihre Toiletten gar mit Zahlencodes. Aus Sicht der Betreiber ist das sogar verständlich, denn weil es an kostenlosen, öffentlichen Toiletten fehlt, weichen zu viele Menschen auf deren Klos aus, auch die weniger rücksichtsvollen. Und so kommt es zu übermäßigen Verschmutzungen und Vandalismus.

DIE LINKE. im Ortsbeirat 1 fordert, dass an allen zentralen Bahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten wieder kostenlose Toilettenanlagen eingerichtet und durch die Stadt täglich gereinigt werden. Große Einkaufszentren müssen verpflichtet werden, kostenlose Toiletten für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Es muss überall eine klare Beschilderung geben, damit auch Ortfremde das stille Örtchen finden können. Der Schwerpunkt darf nicht allein auf den touristischen Zielen wie dem Paulsplatz und der Messe liegen. Vielmehr müssen auch Orte mit vielen Pendlern und Treffpunkte von Armen und Obdachlosen ausreichend versorgt werden. Eine reiche Stadt wie Frankfurt kann das leisten und es würde sogar Arbeitsplätze schaffen. Und auch für das Image der Stadt wäre es wichtiger als so manches teure Showprojekt des Magistrats.



Am Frankfurter Hauptbahnhof muss man/frau gar nicht lange suchen, um auf stinkende Hinterlassenschaften zu stoßen.

Mainzer Landstraße barrierefrei umbauen!

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind gerade für ältere Menschen im Gallus unverzichtbar. Leider aber auch schwer benutzbar, denn der 30 cm hohe Einstieg in die Straßenbahn ist mit Rollstuhl oder Rollator nur schwer möglich. Deswegen setzt sich der AWO Ortsverein Gallus seit längerem für einen Umbau der Haltestellen mit ebenerdigem Einstieg ein. DIE LINKE. unterstützt diesen Vorschlag und fordert eine konsequente Umsetzung. Und zwar ausdrücklich auch dann, wenn dadurch weniger Platz für den Autoverkehr zur Verfügung steht.



Der Einstieg in die Straßenbahn ist mit Rollstuhl, Rollator oder wie hier mit einem Kinderwagen nur schwer möglich.

Gutleutviertel

Law-and-Order statt humaner Lösung



*Bis zur Räumung lebten die Menschen auf der Brache unter widrigsten Bedingungen. Sie hatten weder Strom noch sanitäre Anlagen. An diesem Zustand waren die Bewohner*innen nicht selbst schuld. Die Verantwortlichen verweigerten ihnen von Anfang an jegliche Hilfe.*

Viele Monate wohnten auf einem Gelände im Gutleut obdachlose Menschen aus Rumänien. Die Zustände waren schlimm, aber das lag nicht an den Bewohnern. Von Anfang weigerten sich die Verantwortlichen der Stadt, selbst minimale Hilfe und Infrastruktur, wie z.B. chemische Toiletten und Müllcontainer, bereitzustellen. Statt diesen Menschen zu helfen, erklärten sich die Verantwortlichen lange Zeit für nicht zuständig. Teilweise wurde auch offen erklärt, dass man nicht helfen wolle, weil das einen Präzedenzfall schaffen würde. Räumen konnte die Stadt aber lange Zeit auch nicht, weil es sich um ein Privatgelände handelt. Bezeichnend, dass die Bürokraten und Juristen im Magistrat einen Heidenrespekt vor den Eigentumsrechten haben, aber die Nöte der Menschen sie überhaupt nicht berühren.

Sozial engagierte Menschen protestierten immer wieder gegen den Skandal, dass in einer reichen Stadt Menschen ohne Wasser, Strom, Heizung und Toiletten vegetieren müssen. Aufgrund einer Initiative des LINKEN Ortsbeirats Eyup Yilmaz kam es zu einem Ortstermin mit großer

Medienresonanz. DIE LINKE forderte, dass eine menschenwürdige Lösung gefunden wird. Das könnte z.B. ein Boardinghaus sein, wo Neuankömmlinge erstmal unterkommen und für einen geringen Betrag ein Zimmer mieten können. Mit einer festen Adresse wäre auch der Zugang zu geregelten Arbeitsverhältnissen möglich. Geeignete leerstehende Bürogebäude gibt es in Frankfurt genügend. Bezahlbar wäre es auch. Die Stadt und die Region profitieren schließlich enorm von gut qualifizierten Arbeitnehmern aus Osteuropa und verdienen bares Geld durch Steuern und Konsum dieser Menschen. Deswegen ist es nur fair, dass die Stadt auch die überschaubaren Kosten übernimmt, wenn ärmere Menschen, die Hilfe benötigen, kommen.

Doch statt zu helfen, setzte der Magistrat nur wieder auf Law-and-Order. Das Lager wurde geräumt und die Betroffenen zunächst in Notunterkünften untergebracht. Da sie aber – laut Auffassung der Juristen der Stadt – kein Recht auf Hilfe haben,

werden sie wohl bald wieder auf der Straße landen. Die Entstehung eines neuen Lagers an anderer Stelle ist absehbar.

Dabei gibt es genügend Möglichkeiten, für diese Gruppe die Obdachlosigkeit zu verhindern. DIE LINKE hat mehrmals konkrete Vorschläge gemacht. Aber der Frankfurter Magistrat will mit dieser harten Gangart wohl ein Exempel statuieren, um die Menschen davon abzuhalten, in Frankfurt nach einem besseren Leben zu suchen.



Ortsbeiratsmitglied und Stadtverordneter Eyup Yilmaz war an Ort und Stelle, um auf die Situation der Menschen aufmerksam zu machen.

Hebammenmangel

Frankfurt wächst – nicht nur durch Zuzug, sondern auch weil mehr Kinder geboren werden. Hebammen allerdings sind Mangelware: Neben den ohnehin hohen Lebenshaltungskosten in Frankfurt, haben viele Hebammen aufgrund teurer Versicherungen die Geburtshilfe aufgegeben. Noch weniger sind in der ambulanten Geburtshilfe tätig. Sowohl die außerklinische Vor- und Nachsorge durch eine Hebamme als auch die Wahlfreiheit für eine ambulante oder Hausgeburt ist durch diesen eklatanten Versorgungsmangel in Gefahr. Eine Befragung von drei Frankfurter Geburtskliniken ergab, dass nur 56 Prozent der Mütter und ihre Neugeborenen nach der Geburt in der Klinik durch eine Hebamme betreut werden.

Während einige Stadtteile wie das Nordend, Bornheim oder Sachsenhausen zwar mit Blick auf die Anzahl der Neugeborenen immer noch schlecht versorgt sind, ist die Versorgung in anderen Stadtteilen sogar höchst problematisch – so auch im Gallus. Hier bekommen werdende Mütter sieben Monate vor dem errechneten Geburtstermin bei Anfragen nach einer Wochenbettbetreuung vielfach die

Auskunft, es würden keine Geburten mehr angenommen, das Gallus sei für die Hebamme „zu weit weg“, eine Betreuung erfolge nur bei privater Krankenversicherung oder wenn eine Hausgeburt geplant sei.

Es besteht leise Hoffnung, dass die große Versorgungslücke langfristig durch Eröffnung einer Hebammenschule in Kooperation mehrerer Frankfurter Kliniken verkleinert werden kann. Die Beantragung der Zulassung der Schule ist für 2017 geplant, 20 SchülerInnen sollen hier ihre dreijährige Ausbildung absolvieren. Bis sich erste Effekte auch für die Versorgung im Gallus oder im ambulanten Bereich bemerkbar machen, werden aber sicherlich noch lange Jahre vergehen.

Falls Sie auch keine Hebamme für das Wochenbett gefunden haben, bietet KIZ Gallus bei vorheriger Terminvereinbarung eine Wochenbett-/Hebammensprechstunde.

DIE LINKE wird in ihrer Arbeit im Römer das Thema Hebammenmangel weiterbearbeiten. JedeR kann sich zu diesem Thema im Sozial- und Gesundheitsausschuss am Donnerstag, den 27. April, 17 Uhr zu Wort melden. Er findet im



„Haus Silberberg“ im Römer statt (Eingang über Bethmannstraße 3).

Ihr Anliegen im Ortsbeirat

In Frankfurt gibt es insgesamt 16 Ortsbeiräte, die die große Politik im Römer auf Probleme und Missstände in den Stadtteilen hinweisen. Unser Ortsbeirat ist zuständig für Altstadt, Bahnhof, Gallus (inklusive Europaviertel), Gutleut und Innenstadt.

Wenn die Straße verdreckt ist, Sie genervt von Verkehrsproblemen sind oder wenn Sie Verbesserungsvorschläge für Ihren Stadtteil haben, können Sie einfach zum Ortsbeirat gehen und diese Themen ansprechen. Der Ortsbeirat (OBR) tagt zehn Mal im Jahr. Sitzungstermine erfahren Sie über die Tageszeitung, im Internet oder telefonisch – einfach dafür die Behördennummer 115 anrufen.

Die Sitzungen sind öffentlich und zu Beginn jeder Sitzung gibt es eine Bürgerfragestunde. Dort können Sie Ihre Wünsche und Themen einbringen. Städtische Ämter stellen während der OBR-Sitzungen auch ihre Planungen für die Stadtteile vor. Im letzten Teil der Sitzung werden Anträ-

ge, die von den im OBR vertretenen Parteien eingebracht werden, behandelt und abgestimmt.

Der OBR kann leider nur wenig selbst entscheiden. Alle vom OBR gestellten Anträge gehen an die Stadtregierung im Römer. Seit den letzten Kommunalwahlen besteht sie aus CDU, SPD und den Grünen. Dort wird entschieden, welche Anträge wirklich umgesetzt werden. Auch sehr gute Ideen werden manchmal nicht übernommen. DIE LINKE fordert daher schon lange, den Ortsbeiräten mehr Entscheidungsbefugnisse zu geben. Lokale Probleme können in den OBR meist schnell und unbürokratisch gelöst werden. Das wäre auch ein guter Schritt gegen Politikverdrossenheit. Solange es dafür an Mehrheiten mangelt, sichern wir Ihnen zu, Ihre Vorschläge weiter zu unterstützen und weiterhin mit Ausdauer auf deren Umsetzung zu drängen. Um Ihre Vorschläge in den OBR zu bringen, müssen Sie nicht zur Sitzung kommen.



Kai Oliver Tiffany
Telefon:
069 260118 11
Mobil:
073 3043356
E-Mail:
kai@link-f.org



Eyup Yilmaz
Telefon:
069 75009588
Mobil:
072 6974439
E-Mail:
eyilmaz3@t-online.de

Sie können uns kontaktieren und uns Ihre Wünsche mitteilen.

Wir freuen wir uns auf Ihre Vorschläge per Telefon oder E-Mail.

Impressum:

DIE LINKE. im Römer
Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main_Tel.: 069 212 462 93_V.i.S.d.P.: Dominike Pauli_www.dielinke-im-roemer.de_info@dielinke-fraktion.frankfurt.de